

# **Beschlüsse** des Landesparteitags der CDU in Niedersachsen

*13. August 2016 in Hildesheim*



**CDU**

*Mehr Heimat!*

## Inhalt

Dauerbeflaggung an öffentlichen Gebäuden .....	2
Keine Abschaffung des 500-Euro-Scheins.....	2
Neuaufgabe des Zukunftsvertrages .....	3
Ablehnung des Regionalverbands Großraum Braunschweig .....	3
Ausbau der digitalen Verwaltung .....	3
Beitragsfreies vorletztes Kindergartenjahr.....	4
10 Punkte für gute Bildung. Positionen zur aktuellen Schulpolitik in Niedersachsen. ....	4
Projekt- und problemorientiertes Lernen an Hochschulen .....	5
Sprachlernklassen .....	6
Integration von Flüchtlingen durch Sprachförderung .....	6
Sofortige Kostenerstattung der Flüchtlingsunterbringung.....	6
Haupt- und Ehrenamt bei der Integration von Flüchtlingen verknüpfen .....	7
Gesundheitskarte für Flüchtlinge .....	7
Hotspots, Residenzpflicht .....	7
Stärkung der Agentur Frontex.....	8
Krankenhausstrukturgesetz.....	8
Pflegeausbildung.....	8
Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren .....	8
Zusätzliche Mittel für Dorferneuerung .....	8
Glyphosat .....	9
Bodennahe Gülleausbringung .....	9
Automatische Übertragung von Mitgliederdaten .....	9

### ***Dauerbeflaggung an öffentlichen Gebäuden***

Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zur schwarz-rot-goldenen Flagge als Zeichen von Einheit, Recht und Freiheit in Deutschland. Durch das Beflaggen mit diesen Farben sowie der Europaflagge wird die positive Identifikation mit Deutschland und seinen Menschen ausgedrückt.

Die CDU in Niedersachsen unterstützt daher die vermehrte Beflaggung öffentlicher Gebäude und zwar nicht nur an den wenigen in den Ausführungsbestimmungen zum Niedersächsischen Wappengesetz vorgeschriebenen Tagen.

Wir ermutigen alle Niedersachsen zum Beflaggen ihrer Gebäude mit diesen Flaggen – so wie es auch unsere Nachbarländer mit ihren Farben handhaben.

### ***Keine Abschaffung des 500-Euro-Scheins***

Für die CDU in Niedersachsen ist die Möglichkeit jedes Bürgers, nach eigenem Willen auch mit Bargeld zu zahlen, ein wichtiges Merkmal einer freiheitlichen, bürgerschaftlich verfassten Gesellschaft. Daher bitten wir die CDU-Bundestagsfraktion, sich gegen die Einführung einer Bargeldobergrenze in Deutschland auszusprechen.

Die von der EZB beschlossene Abschaffung des 500-Euro-Scheins lehnen wir in diesem Zusammenhang ebenfalls ab.

### ***Neuaufgabe des Zukunftsvertrages***

Die CDU in Niedersachsen spricht sich für ein Nachfolgeprogramm zu dem 2009 ins Leben gerufenen „Zukunftsvertrages“ zur Entschuldung strukturell verschuldeter Kommunen nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung aus.

### ***Ablehnung des Regionalverbands Großraum Braunschweig***

Die CDU in Niedersachsen lehnt den von der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf „Regionalverband Großraum Braunschweig“ (Drucksache 17/5290) ab.

### ***Ausbau der digitalen Verwaltung***

Die CDU in Niedersachsen fordert einen weiteren Ausbau der digitalen Verwaltung, genannt E-Government. Die Landesregierung muss einen Fördertopf bereitstellen, aus dem modernisierungswillige Kommunen Gelder beantragen können, um E-Government in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu implementieren. Diese Digitalisierung führt zu einer erheblichen Steigerung der Effizienz, schafft gleichzeitig aber auch Vertrauen in Behörden.

## **Beitragsfreies vorletztes Kindergartenjahr**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, auch das vorletzte Kindergartenjahr vor der Einschulung mittelfristig beitragsfrei zu stellen.

## **10 Punkte für gute Bildung. Positionen zur aktuellen Schulpolitik in Niedersachsen.**

Unsere Schülerinnen und Schüler sollen zu den Siegern von morgen zählen.

### **1. Gute Unterrichtsversorgung**

Niedersachsens Schülerinnen und Schüler erleben einen massiven Unterrichtsausfall an allen Schulformen und eine historisch niedrige Unterrichtsversorgung von deutlich unter 100 Prozent an öffentlich allgemein bildenden und rund 88 Prozent an öffentlichen berufsbildenden Schulen. Unter der Regierung von SPD und Grünen ist die landesweit durchschnittliche Unterrichtsversorgung an öffentlichen allgemein bildenden Schulen um mehr als zwei Prozent und an Gymnasien sogar um drei Prozent gesunken. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich dieser Trend unter der aktuellen Regierung fortsetzen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr gut ausgebildete Lehrkräfte an die Schulen kommen und die Unterrichtsversorgung auf deutlich über 100 Prozent angehoben wird. Wir stehen für eine langfristige und verlässliche Planung des Personals an unseren Schulen.

### **2. Gute Bildung im ganzen Land**

Wir stehen für die Wahlfreiheit der Eltern und für ein breites begabungsgerechtes Bildungsangebot für alle Schülerinnen und Schüler. Dazu benötigen wir ein modernes, durchlässiges und wohnortnahes Schulwesen, aber keine weiteren Schulstrukturdiskussionen! Unsere Schulen brauchen Ruhe!

### **3. Gute Bildung von Anfang an**

Die Angebote in Krippen und Kindertagesstätten sind in den letzten Jahren massiv ausgebaut worden. Dieser Weg muss weiter fortgesetzt werden. Das Land muss weiterhin ausreichend Fördermittel für die Investitionen in den Kommunen bereit stellen. Neben dem Ausbau der Angebote muss es zukünftig vor allem um bedarfsgerechte Angebote, differenzierte Öffnungszeiten und die Frage der Qualität gehen.

Die Übergänge zwischen Kindertagesstätten und Schulen müssen fließend sein. Der stetige, gleichberechtigte Austausch zwischen diesen Einrichtungen muss daher gefördert werden.

Gerade die Grundschulen haben eine besonders wichtige pädagogische Aufgabe. Wir stehen auch zukünftig unter dem Motto „Kurze Wege für kurze Beine“ für den Erhalt auch kleiner Grundschulen. Derzeit sind an zu vielen Grundschulen die Leitungsstellen nicht besetzt. Wir wollen, dass die Attraktivität dieser Tätigkeit deutlich verbessert wird.

### **4. Gute Bedingungen für Schulsozialarbeit**

Schulsozialarbeit ist heute aus dem Schulleben nicht mehr wegzudenken. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Rahmenbedingungen guter Schule. Wir stehen für Schulsozialarbeit an allen Schulformen und für die Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Projekte.

### **5. Gute Chancen für alle**

Inklusion in der Bildung steht für das Recht auf Teilhabe für alle, auch für diejenigen, die besondere Unterstützung benötigen. Auch die Förderung besonderer und herausragender Begabungen wird in den Fokus genommen. Sie sind ebenfalls angemessen zu fördern. Die Umsetzung der Inklusion ist eine große Chance für unsere Gesellschaft, aber auch eine große Herausforderung. Wir wollen

die Inklusion zum Erfolg bringen! Unsere Philosophie lautet: Ermöglichen statt verbieten. Im Gegensatz zu SPD und Grünen stehen wir für den Erhalt der Förderschulen und für einen Weg, der alle Beteiligten mitnimmt und niemanden überfordert. Dazu gehört auch die Wiedereinführung der Förderschule Lernen.

### **6. Gute Integration**

Die Flüchtlingskrise ist auch für unser Schulsystem eine große Herausforderung. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration liegt in guter Bildung. Voraussetzung hierfür sind gute Sprachkenntnisse und die Akzeptanz der kulturellen Identität des aufnehmenden Landes. Wir wollen, dass die Sprachförderung in Niedersachsen weiter ausgebaut wird. Nur so und mit einer guten Ergänzung der pädagogischen Arbeit im Unterricht, z.B. mit Schulsozialarbeit und intensiver Berufsorientierung, wird es gelingen, die Integration in unsere Gesellschaft, das Schulleben und die Arbeitswelt erfolgreich umsetzen.

### **7. Gute Schulleitung und gute Lehrkräfte**

Wir stehen zur eigenverantwortlichen Schule. Das bedeutet eine starke Position der Schulleitung, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden muss. Eigenverantwortung muss auch gelebt werden können. Darum wollen wir die Schulleitungen stärken.

Unsere Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel zum Erfolg guter Bildung. Es muss mehr für die Anerkennung des Lehrerberufes getan werden. Niedersachsen braucht ein flexibleres Konzept für eine bedarfsgerechte Steuerung einer schulform- und fachbezogenen Lehrerausbildung, um künftig Lehrermangel und damit Unterrichtsausfall zu vermeiden. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sollen sich wieder auf den Kern ihrer Arbeit konzentrieren dürfen, den Unterricht. Denn guter Unterricht ist die Voraussetzung für gute Schule.

### **8. Gute Leistung muss sich wieder lohnen**

Rot-Grün in Niedersachsen entwertet unser Bildungssystem. Der Weg zur Abschaffung der Noten und des Sitzenbleibens ist beschritten. Die Schullaufbahneempfehlung wurde abgeschafft. Wir stehen auch zukünftig für den Leistungsgedanken! Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Kinder bestmöglich auf die Zukunft vorbereitet werden. Dazu gehört auch, ihnen die Chance zu geben, eigenen Ehrgeiz zu entwickeln und Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Wir müssen unseren Kindern und Jugendlichen auch zukünftig etwas zutrauen.

### **9. Guter Ganztag in Niedersachsen**

Der Ausbau eines verlässlichen Ganztagsangebotes in Niedersachsen muss weiter fortgesetzt werden. Für uns heißt Ganztag aber auch, dass Eltern eine Wahlfreiheit für die entsprechenden Angebote haben. Das Modell der offenen Ganztagschule der CDU ist daher das Erfolgsmodell für unser Land, wobei auch andere Formen möglich sind, wenn dies vor Ort erwünscht ist. Für eine motivierende und fördernde Gestaltung des Ganztages setzen wir besonders auf die Kooperation mit außerschulischen Partnern wie Vereinen und Verbänden.

### **10. Gute Vorbereitung für den Beruf**

Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule, unsere starken Berufsbildenden Schulen und eine intensive Berufsorientierung in allen Schulformen sind die großen Stärken unseres Bildungssystems. Wir stehen für starke Berufsbildende Schulen als eigenverantwortliche regionale Kompetenzzentren, die in Kooperation mit den Sozialpartnern und der Wirtschaft ihre Angebote gestalten.

### ***Projekt- und problemorientiertes Lernen an Hochschulen***

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für den Ausbau des projekt- und problemorientierten Lernens an den niedersächsischen Hochschulen ein.

Die entsprechenden Fakultäten sollen mit Hilfe eines Anreizsystems unterstützt werden, eigene standort- und fachspezifische Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen.

Neben den klassischen Lehrformen wie Vorlesungen, Übungen und Tutorien sollen die Studenten zusätzlich praxisorientierte Projektaufgaben oder Problemstellungen erhalten, welche sie in Gruppenarbeit zu lösen haben.

### ***Sprachlernklassen***

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass eine ausreichende Zahl an Sprachlehrern zur Verfügung steht sowie genügend Angebote für Sprach- und Integrationskurse vorhanden sind. Langfristig wird die Integration nicht allein von Ehrenamtlichen zu leisten sein. Daher sollten auch Menschen mit Migrationshintergrund nach pädagogischer Schulung als Lehrpersonal für diese Kurse gewonnen werden.

Für sie und für die Lehrer müssen dabei attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden, die über reine Honorarverträge hinausgehen.

### ***Integration von Flüchtlingen durch Sprachförderung***

Es ist keine Zeit zu verlieren, die verschiedenen Bausteine der Sprachförderung zu nutzen, auf einander abzustimmen und auszubauen, einschließlich ehrenamtlicher Initiativen wie Lesementoren, Leselernhelfer und Sprachbegleiter.

Dies gilt für die Sprachförderung

- seitens des Landes und der Kommunen in Kitas
- seitens des Landes in Schulen und Berufsschulen durch zügige Ausschreibung und Besetzung von Lehrerstellen, Stellen für Schulsozialarbeiter und pädagogische Mitarbeiter, die Einrichtung von Sprachlernklassen (Orientierungswert: mind. 10 Kinder/Jugendliche mit hohem Unterstützungsbedarf in deutscher Sprache an einer Schule) und Sprintklassen in weit aus höherem Umfang als zurzeit von der niedersächsischen Landesregierung geplant.
- seitens des Landes durch die dauerhafte und bedarfsgerechte Finanzierung von Sprachkursen zur Erwachsenenbildung
- seitens des Bundes und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und von ihm beauftragter öffentlicher und privater Träger durch die Einrichtung und bedarfsgerechte Öffnung von Integrationskursen mit Basis- und Aufbausprachkursen für Asylbewerber mit Bleibeperspektive
- seitens der Bundesagentur für Arbeit durch berufsbezogene Sprachförderung zur Ergänzung fachlicher Inhalte von beruflichen Eingliederungsmaßnahmen nach den Sozialgesetzbüchern II und III.
- seitens des Landes durch die Schulung von ehrenamtlichen Sprachbegleitern.

Mit dem Ziel, den akuten Lehrermangel in der Sprachförderung abzubauen, sind die Mindest-Qualifikationsvoraussetzungen kurzfristig anzupassen.

Land, Kommunen, Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Freie Wohlfahrtspflege, Träger der Erwachsenenbildung und andere Beteiligte an Sprachfördermaßnahmen sollen darauf hinwirken, Online-Angebote und Apps für die Sprachförderung zur Verfügung zu stellen.

### ***Sofortige Kostenerstattung der Flüchtlingsunterbringung***

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, die zeitlich verzögerte Erstattung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung in eine kurzfristige Kostenerstattung umzuwandeln, um die Kommunen finanziell zu entlasten.

### ***Haupt- und Ehrenamt bei der Integration von Flüchtlingen verknüpfen***

Die CDU in Niedersachsen nimmt die Herausforderung einer gelingenden Integration mit der stärkeren Verknüpfung von Haupt- und Ehrenamt an.

Dabei braucht ehrenamtliches Engagement auf Dauer die hauptamtliche Entlastung und Unterstützung, um weiterhin präsent zu sein.

Notwendig ist die hauptamtliche Unterstützung des Ehrenamtes in Organisations-, Personaleinsatz- und Beschaffungsfragen, bei der Annahme und Verteilung von Spenden oder beim Informationsaustausch. Die Sportvereine müssen bei ihren Möglichkeiten der Integration durch Sport unterstützt werden.

Für all das müssen Land und Kommunen dauerhaft deutlich höhere Mittel als bisher bereitstellen. Das Land selbst muss auch Stellen in der Kommunalverwaltung für die Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit finanzieren. Das Land Niedersachsen darf sich nicht länger auf die Finanzierung von Auslagenersatz für ehrenamtlich Tätige beschränken.

In Integrationszentren bzw. Integrationsanlaufstellen in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt soll schnelle und wirksame Integration durch Netzwerkbildung in der jeweiligen Kommune für die verschiedenen Bereiche von der Sprachförderung über Kita und Schule bis hin zu Ausbildung und Arbeit erreicht werden.

Die zügige Bereitstellung von zusätzlich 10.000 Stellen im Bundesfreiwilligendienst für die Flüchtlingsarbeit ist ein erster sehr wirkungsvoller Schritt, dem weitere folgen sollten. Hier können auch Flüchtlinge mitarbeiten und Ehrenamtliche entlasten.

### ***Gesundheitskarte für Flüchtlinge***

Die vom Land über eine Vereinbarung mit den Krankenkassen ohne Verhandlungsbeteiligung der Kommunalen Spitzenverbände eingeführte Gesundheitskarte darf nicht zu Mehrkosten der Kommunen und zu weniger Einnahmen für die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) und für die Hausärzte führen.

Die Kommunen dürfen nicht vom Land verpflichtet werden, von der Gesundheitskarte Gebrauch machen zu müssen. Denn der Anspruch von Flüchtlingen auf Leistungen der Gesundheitsversorgung muss weiterhin auf das Notwendige gemäß §§ 4,6 Asylbewerberleistungsgesetz begrenzt werden.

### ***Hotspots, Residenzpflicht***

Die CDU in Niedersachsen unterstützt die Einrichtung von Ankunftszentren für Asylbewerber durch den Bund, um in diesen möglichst das gesamte Asylverfahren schnell und rechtssicher abzuwickeln.

Außerdem unterstützt sie die Einführung der Möglichkeit von Wohnsitzauflagen von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen durch den Bund.



### ***Stärkung der Agentur Frontex***

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine Sicherung der Außengrenze Europas ein und fordert hierfür u. a. die Stärkung der Agentur Frontex. Diese ist zu einer effektiven Organisation der Grenzsicherung auszubauen. Dafür sind auch von der EU bewachte Zäune und grenznahe Transitzone an der europäischen Außengrenze zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei unabdingbar. Den menschenverachtenden Schleppern muss durch abschreckende Maßnahmen das Handwerk gelegt werden. Jeder Flüchtling muss vor Ort oder innerhalb der Europäischen Union eine sichere Fluchtmöglichkeit finden können.

### ***Krankenhausstrukturgesetz***

Die CDU in Niedersachsen spricht sich dafür aus, dass das Land seine Krankenhausbaumittel (Verpflichtungsermächtigungen) aufstockt und entsprechend höhere Ansätze im Landeshaushalt veranschlagt.

Dies soll dem Ziel dienen, dass alle leistungsfähigen niedersächsischen Krankenhäuser rechtzeitig die benötigten Investitionsmittel erhalten und auch deshalb zukunftssicher bleiben und werden. Dies gilt auch gerade für kleinere Krankenhäuser.

### ***Pflegeausbildung***

Die CDU in Niedersachsen bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktion, sich für die kurzfristige Verabschiedung des Pflegeberufgesetzes einzusetzen und damit eine generalistische Pflegeausbildung einzuführen, mit der die bisher getrennten drei Ausbildungen in der Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege zusammengelegt werden.

Damit sollen folgende Ziele verfolgt werden:

1. Die beruflichen Möglichkeiten werden vielfältiger. Ein universeller Einsatz in allen allgemeinen Arbeitsfeldern der Pflege wird möglich.
2. Es gibt bessere Verdienstmöglichkeiten verbunden mit zusätzlichen Aufstiegsmöglichkeiten.
3. Die bisherigen Altenpflege-Azubis können in Zukunft eine tarifliche Bezahlung erwarten.
4. Durch die neue hochschulische Pflegeausbildung werden neue Zielgruppen für die Pflegeausbildung erschlossen.

### ***Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren***

Der Landesparteitag spricht sich für eine ergebnisoffene Diskussion in der CDU in Niedersachsen und ihren Gliederungen über die vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften homosexueller Paare aus.

### ***Zusätzliche Mittel für Dorferneuerung***

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, zusätzliche Mittel für Dorferneuerungsprogramme zur Verfügung zu stellen.

### ***Glyphosat***

Die CDU in Niedersachsen spricht sich für eine Verlängerung der Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in der Europäischen Union im Rahmen der schon jetzt geltenden strengen Anwendungsbestimmungen aus. Unsere Landwirte setzen es verantwortungsvoll nach guter fachlicher Praxis ein.

### ***Bodennahe Gülleausbringung***

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bezuschussung emissionsarmer Gülleausbringung.

### ***Automatische Übertragung von Mitgliederdaten***

Die CDU in Niedersachsen setzt sich bei der CDU Deutschlands für eine Regelung ein, die sicherstellt, dass die Kontaktdaten unserer Mitglieder im Falle eines Umzuges in einen anderen Kreis- oder Ortsverband automatisch an den jeweiligen Verband vor Ort (aufnehmender Kreis- oder Ortsverband) weitergegeben werden.

Die Bestimmungen des Datenschutzes werden dabei berücksichtigt.